

# **INTERNATIONALE STEUERFÄLLE**

**Handbuch für die Praxis**

von

Dr. Helmut Loukota

Ministerialrat im Bundesministerium für Finanzen

Verlag Orac

1989

# Inhaltsübersicht

	Seite
Abkürzungsverzeichnis . . . . .	XVII

## A. EINFÜHRUNG IN DAS ÖSTERREICHISCHE AUSSENSTEUERRECHT

1. Internationale Wirtschaftsbeziehungen von Steuerinländern und Steuerausländern. . . . .	1
2. Nationales und internationales Außensteuerrecht . . . . .	3
3. Zur rechtlichen Beurteilung internationaler Steuerfälle. . . . .	4

## B. NATIONALES AUSSENSTEUERRECHT

<b>I. Einkommensteuer.</b> . . . . .	9
1. Besteuerung der Steuerinländer . . . . .	9
1.1 Unbeschränkte und beschränkte Steuerpflicht . . . . .	9
1.2 Der steuerliche Wohnsitz als Anknüpfungsmerkmal der unbeschränkten Steuerpflicht . . . . .	12
1.3 Gewöhnlicher Aufenthalt als Anknüpfungsmerkmal der unbeschränkten Steuerpflicht . . . . .	13
1.4 Steuerbefreiungen für Auslandseinkünfte. . . . .	15
1.4.1 Leistungen der öffentlichen Hand . . . . .	15
1.4.2 Arbeitnehmervorteile. . . . .	15
1.4.3 Arbeitnehmersendungen. . . . .	16
1.4.4 Ausländische Feriapraktikanten. . . . .	17
1.4.5 Gratisanteile. . . . .	18
1.5 Betriebliche Auslandseinkünfte. . . . .	18
1.5.1 Vorbemerkung. . . . .	18
1.5.2 Pauschale Abwertung von Auslandsforderungen (§ 6 Z 2 lit. c EStG.). . . . .	19
1.5.3 Pauschale Abwertung begünstigter Auslandsbetei- ligungen (§ 6 Z. 7 EStG.). . . . .	20
1.5.4 Realisierung stiller Reserven bei der Überführung von Wirtschaftsgütern in das Ausland (§ 6 Z. 6 EStG.). . . . .	20
1.5.5 Inlandsbindung bei einzelnen Sondergewinnermitt- lungsvorschriften. . . . .	22
1.5.6 Lösung von Einzelfragen nach den allgemeinen in- nerstaatlichen Rechtsvorschriften. . . . .	25
1.6 Auslandseinkünfte aus nichtselbständiger Arbeit . . . . .	27
1.6.1 Beschäftigung bei einem ausländischen Arbeitge- ber. . . . .	27
1.6.2 Auslandsentsendung durch einen inländischen Ar- beitgeber. . . . .	28
1.6.3 Auslandspensionen . . . . .	29
1.7 Andere ausländische Einkünfte. . . . .	29
1.7.1 Einkünfte aus Kapitalvermögen. . . . .	29

1.7.2	Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung . . . . .	30
1.7.3	Sonstige Einkünfte . . . . .	30
1.8	Zuzugsbegünstigung . . . . .	32
1.8.1	Die rechtlichen Voraussetzungen . . . . .	32
1.8.2	Leitgrundsätze für die Ermessensübung . . . . .	33
1.8.3	Verfahrensfragen . . . . .	35
1.9	Diverse Einzelfragen . . . . .	36
2.	Besteuerung der Steuerausländer . . . . .	37
2.1	Der Umfang der beschränkten Steuerpflicht . . . . .	37
2.1.1	Allgemeines . . . . .	37
2.1.2	Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft (§ 98 Z. 1 EStG) . . . . .	37
2.1.3	Selbständige Arbeit (§ 98 Z. 2 EStG) . . . . .	37
2.1.4	Einkünfte aus Gewerbebetrieb (§ 98 Z. 3 EStG): ..	37
2.1.5	Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit (§ 98 Z. 4 EStG) . . . . .	38
2.1.6	Einkünfte aus Kapitalvermögen (§ 98 Z. 5 EStG) .	40
2.1.7	Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung (§ 98 Z. 6 EStG) . . . . .	40
2.1.8	Sonstige Einkünfte (§ 98 Z. 7 und 8 EStG) . . . . .	41
2.1.9	Isolierende Betrachtungsweise . . . . .	42
2.2	Betriebstätte und ständiger Vertreter als Steueranknüpfungsmerkmal . . . . .	43
2.3	Besonderheiten bei der Veranlagung von Steuerausländern . . . . .	46
2.4	Lohnsteuerabzug für Steuerausländer . . . . .	48
2.5	Kapitalertragsteuerabzug für Steuerausländer . . . . .	50
2.5.1	„Inländische Kapitalerträge“ . . . . .	50
2.5.2	„Kapitalerträge aus Forderungen Wertpapieren“ . . . . .	53
2.5.3	Das Abzugsverfahren . . . . .	54
2.6	Besonderer Steuerabzug bei beschränkt Steuerpflichtigen	55
<b>II.</b>	<b>Körperschaftsteuer</b> . . . . .	<b>59</b>
1.	Besteuerung der inländischen Körperschaften . . . . .	59
1.1	Unbeschränkte und beschränkte Steuerpflicht . . . . .	59
1.2	Internationale Schachtelbeteiligungen . . . . .	59
2.	Besteuerung der ausländischen Körperschaften . . . . .	62
2.1	Die beschränkte Steuerpflicht . . . . .	62
2.2	Keine Beteiligungsertragsbefreiung . . . . .	62
2.3	Öffentlichrechtliche und gemeinnützige Körperschaften	63
2.4	Sonderausgaben . . . . .	63
<b>III.</b>	<b>Gewerbsteuer</b> . . . . .	<b>64</b>
1.	Besteuerung der Steuerinländer . . . . .	64
1.1	Besteuerung nach dem Territorialprinzip . . . . .	64
1.2	Gewerbsteuerliche Erfassung der Auslandsbeziehungen	65
2.	Besteuerung der Steuerausländer . . . . .	67

<b>IV. Vermögensteuer</b> .....	67
1. Steuerinländer mit Auslandsvermögen .....	67
1.1 Unbeschränkte Steuerpflicht .....	67
1.2 Ausländisches Grundvermögen .....	68
1.3 Ausländisches Betriebsvermögen .....	69
1.4 Ausländisches „sonstiges Vermögen“ .....	71
1.5 Zuzugsbegünstigungen .....	72
2. Steuerausländer mit Inlandsvermögen .....	72
2.1 Allgemeines über den Umfang der beschränkten Steuerpflicht .....	72
2.2 Land- und forstwirtschaftliches Vermögen (§ 79 Abs. 2 Z. 1 BewG.) .....	73
2.3 Grundvermögen (§ 79 Abs. 2 Z. 2 BewG.) .....	73
2.4 Betriebsvermögen (§ 79 Abs. 2 Z. 3 BewG.) .....	73
2.5 Gewerblich genutzte Urheberrechte (§ 79 Abs. 2 Z. 4 BewG.) .....	74
2.6 Vermietete und verpachtete Wirtschaftsgüter (§ 79 Abs. 2 Z. 5 BewG.) .....	74
2.7 Hypothekarforderungen (§ 79 Abs. 2 Z. 6 BewG.) .....	75
2.8 Stille Beteiligungen (§ 79 Abs. 2 Z. 7 BewG.) .....	75
2.9 Ausländische Personengesellschaften .....	75
<b>V. Erbschafts- und Schenkungssteuer</b> .....	76
1. Unbeschränkte Steuerpflicht .....	76
2. Steuerbefreiungen in internationalen Erbschafts- und Schenkungssteuerfällen .....	77
3. Entlastung von der internationalen Doppelbesteuerung (§ 6 Abs. 3 ErbStG.) .....	79
4. Beschränkte Steuerpflicht .....	80
<b>VI. Umsatzsteuer</b> .....	82
1. Abgrenzung des Inlandsumsatzes .....	82
1.1 Das Territorialprinzip .....	82
1.2 Begriff der umsatzsteuerlichen Lieferung .....	83
1.3 Ort der Lieferung (Grundregel) .....	83
1.4 Lieferort bei Versendung und Beförderung .....	84
1.5 Lieferort bei Reihengeschäften .....	86
1.6 Begriff der „sonstigen Leistungen“ .....	87
1.7 Ort der sonstigen Leistung .....	89
1.8 Abgrenzungsfragen bei Aktiv- und Duldungsleistungen .....	90
2. Steuerinländer .....	91
2.1 Vorbemerkung .....	91
2.2 Ausfuhrlieferungen (§ 6 Z. 1 UStG.) .....	92
2.3 Lohnveredlung für ausländische Auftraggeber (§ 6 Z. 2 UStG.) .....	97
2.4 Bestimmte Leistungen für ausländische Auftraggeber (§ 6 Z. 3 UStG.) .....	98

2.5	Beförderungen von Gegenständen im grenzüberschreitenden Güterverkehr (§ 6 Z. 4 UStG)	99
2.6	Beförderungen von Personen im grenzüberschreitenden Verkehr mit Schiffen und Luftfahrzeugen (§ 6 Z. 5 UStG)	99
2.7	Einfuhrumsatzsteuer	100
2.8	Organschaften über die Grenze	102
2.9	Haftung inländischer Leistungsempfänger	102
2.10	Sonstige außensteuerliche Regelungen	103
3.	Steuerausländer	104
3.1	Vorsteuerabzugsberechtigung für ausländische Unternehmen	104
3.2	Steuerbefreiung gem. Verordnung vom 11. Dez. 1974, BGBI. Nr. 800/1974	106
3.3	Ausländische Autobusunternehmen	108
3.4	Ausländische Gütertransportunternehmen	109
<b>VII.</b>	<b>Bundesabgabenordnung</b>	<b>110</b>
1.	Steuerentlastung gemäß § 48 BAO	110
1.1	Die gesetzlichen Anwendungsmöglichkeiten und Anwendungsgrenzen	110
1.2	Allgemeine Leitgrundsätze für die Ermessensübung	114
1.3	Verfahrensfragen	116
2.	Andere außensteuerliche Regelungen	118
2.1	Die erhöhte Mitwirkungspflicht bei Auslandsbeziehungen	118
2.2	Zustellungen im Ausland	119
2.3	Verpflichtung zur inländischen Buchführung	120
2.4	Vertretung durch ausländische Steueranwälte	121
2.5	Zuständigkeitsvorschriften für Steuerausländer	121
2.5.1	Einkommens- und Vermögensbesteuerung	121
2.5.2	Gewerbsteuer	122
2.5.3	Umsatzsteuer	122
<b>C.</b>	<b>INTERNATIONALES AUSSENSTEUERRECHT (DOPPEL-BESTEUERUNGSABKOMMEN)</b>	
<b>I.</b>	<b>Einführender Überblick</b>	<b>123</b>
1.	Die einzelnen Zweige des internationalen Außensteuerrechtes	123
1.1	Vermeidung internationaler Doppelbesteuerungen	123
1.2	Internationale Amts- und Rechtshilfe	123
1.3	Völkerrechtliche Privilegien	124
1.4	Grenzüberschreitender Straßenverkehr	124
1.5	Sonstige Belange des internationalen Außensteuerrechtes	124

2.	Über die Bedeutung der österreichischen Doppelbesteuerungsabkommen . . . . .	125
2.1	Vermeidung internationaler Doppelbesteuerungen . . . . .	125
2.2	Senkung der Steuerbelastung im Ausland . . . . .	125
2.3	Sicherung ausländischer Steuervorteile . . . . .	126
2.4	Steuerentlastung für „Steuerausländer“. . . . .	126
2.5	Sicherung der steuerlichen Wettbewerbsneutralität . . . . .	127
2.6	Das derzeitige österreichische Abkommensnetz . . . . .	127
2.7	Der Abkommensaufbau . . . . .	128
<b>II.</b>	<b>Die Anwendungsbereiche</b> . . . . .	<b>128</b>
1.	Der persönliche Anwendungsbereich . . . . .	128
1.1	Allgemeine Grundsätze . . . . .	128
1.2	Behandlung der Personengesellschaften . . . . .	129
1.3	Völkerrechtlich privilegierte Personen . . . . .	130
1.4	Körperschaften des öffentlichen Rechtes . . . . .	130
1.5	Briefkastenfirmen . . . . .	131
1.6	Trusts . . . . .	131
1.7	Besonderheiten einzelner Abkommen . . . . .	133
2.	Der sachliche Anwendungsbereich . . . . .	134
2.1	Steuern vom Einkommen . . . . .	134
2.2	Steuern vom Vermögen . . . . .	134
2.3	Erbschaftssteuern . . . . .	134
2.4	Erweiterter sachlicher Anwendungsbereich . . . . .	134
3.	Der zeitliche Anwendungsbereich . . . . .	135
3.1	Inkrafttreten . . . . .	135
3.2	Wirksamkeitsbeginn . . . . .	135
4.	Der territoriale Anwendungsbereich . . . . .	135
<b>III.</b>	<b>Abkommensdefinitionen</b> . . . . .	<b>136</b>
1.	Bedeutung der Abkommensdefinitionen . . . . .	136
2.	Betriebstätte . . . . .	137
2.1	Allgemeine Grundsätze . . . . .	137
2.2	Bauausführungen und Montagen . . . . .	138
2.3	Hilfsstützpunkte . . . . .	139
2.4	Abhängige Vertreter . . . . .	140
2.5	Unabhängige Vertreter . . . . .	142
2.6	Nationaler und internationaler Betriebstättenbegriff . . . . .	142
3.	Ansässigkeit (Wohnsitz) . . . . .	143
3.1	Die funktionelle Begriffsbedeutung . . . . .	143
3.2	Doppelansässigkeit (Doppelwohnsitz) bei natürlichen Personen . . . . .	144
3.3	Doppelansässigkeit (Doppelwohnsitz) bei juristischen Personen . . . . .	145
4.	Lizenzgebühren . . . . .	145
4.1	Der „Lizenzgebührenbegriff“ . . . . .	145
4.2	Abgrenzungsprobleme . . . . .	146

5. Sonstige Begriffsbestimmungen	147
5.1 „Dividenden“	147
5.2 „Zinsen“	148
5.3 „Unbewegliches Vermögen“	149
5.4 „Person“	149
5.5 „Gesellschaft“	150
5.6 „Unternehmen eines Vertragstaates“	150
5.7 „Zuständige Behörde“	150
<b>IV. Die Zuteilungsregeln</b>	<b>150</b>
1. Das Wesen der Zuteilungsregeln	150
1.1 Vorbemerkung	150
1.2 Überblick über die Zuteilungsregeln	151
1.3 Die rechtlichen Wirkungen der Zuteilungsregeln	151
2. Die Zuteilungsregeln für die Steuern vom Einkommen	152
2.1 Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen	152
2.2 Unternehmensgewinne	153
2.2.1 Allgemeine Grundsätze	153
2.2.2 Gewinnaufteilung nach der direkten Methode	154
2.2.3 Ermittlung angemessener Verrechnungspreise	156
2.2.4 Die Grenzen des „Fremdverhaltensgrundsatzes“	156
2.2.5 Indirekte Gewinnaufteilung	157
2.2.6 Musiker, Sportler, Orchester, Theater	157
2.2.7 Diverse Einzelfragen	158
2.3 Dividenden, Zinsen, Lizenzgebühren	158
2.3.1 Allgemeine Grundsätze	158
2.3.2 Schachteldividenden	160
2.3.3 Besonderheiten bei Lizenzgebühren	161
2.3.4 Besonderheiten bei Zinsen	161
2.4 Veräußerungsgewinne	162
2.5 Einkünfte aus selbständiger Arbeit	162
2.5.1 Allgemeine Grundsätze	162
2.5.2 Künstler	162
2.5.3 Aufsichtsratsvergütungen	163
2.6 Einkünfte aus unselbständiger Arbeit	163
2.6.1 Vorbemerkung	163
2.6.2 Private Aktivbezüge	164
2.6.3 Die „183-Tage-Klausel“	165
2.6.4 Private Ruhegehälter	165
2.6.5 Öffentliche Bezüge	167
2.6.6 Grenzgänger	168
2.6.7 Gastprofessoren	168
2.6.8 Studenten	168
2.7 Nicht besonders geregelte Einkünfte	169
3. Die Zuteilungsregeln für die Steuern vom Vermögen	169
3.1 Allgemeines	169
3.2 Unbewegliches Vermögen	170
3.3 Betriebsvermögen	170

4.	Die Zuteilungsregeln für die Erbschaftssteuer. . . . .	171
4.1	Die allgemeinen Zuteilungsprinzipien. . . . .	171
4.2	Besonderheiten einzelner Abkommen. . . . .	171
4.3	Zum Begriff des „Wohnsitzstaates“. . . . .	171
4.4	Zuteilung der Schulden. . . . .	172
<b>V.</b>	<b>Die Methoden zur Vermeidung der Doppelbesteuerung</b> . . . . .	<b>172</b>
1.	Befreiungsmethode und Anrechnungsmethode. . . . .	172
2.	Die Anwendung des Befreiungssystems mit Progressionsvorbehalt . . . . .	174
2.1	Progressionsvorbehalt des Wohnsitzstaates. . . . .	174
2.2	Berechnung des Progressionsvorbehaltes. . . . .	174
2.3	Ermittlung der freizustellenden Einkünfte. . . . .	176
2.4	Negativer Progressionsvorbehalt . . . . .	176
2.5	Progressionsvorbehalt und gespaltener Körperschaftsteuersatz . . . . .	177
3.	Anwendung des Anrechnungssystems. . . . .	177
3.1	Allgemeines. . . . .	177
3.2	Steuerzahlungsnachweis. . . . .	177
3.3	Ausnutzung steuerlicher Begünstigungen. . . . .	178
3.4	Proportionalanrechnung. . . . .	178
<b>VI.</b>	<b>Sonstige Abkommensbestimmungen</b> . . . . .	<b>179</b>
1.	Diskriminierungsverbote. . . . .	179
1.1	Überblick. . . . .	179
1.2	Staatsbürgerschaft. . . . .	179
1.3	Betriebstätte. . . . .	180
1.4	Aufwand- und Schuldenabzug. . . . .	180
1.5	Kapitalbeherrschung. . . . .	181
2.	Verständigungsverfahren. . . . .	181
2.1	Bedeutung des Verständigungsverfahrens. . . . .	181
2.2	Gang des Verständigungsverfahrens. . . . .	181
2.3	Zur Rechtsnatur der Verständigungsvereinbarung. . . . .	182
3.	Informationsaustausch. . . . .	183
3.1	Der kleine Auskunftsverkehr. . . . .	183
3.2	Der große Auskunftsverkehr. . . . .	183
3.3	Grenzen des Auskunftsverkehrs. . . . .	183
<b>VII.</b>	<b>Auslegung von Doppelbesteuerungsabkommen</b> . . . . .	<b>184</b>
1.	Die Wiener Vertragsrechtskonvention. . . . .	184
2.	Die Bedeutung des OECD-Kommentars. . . . .	184
3.	Die Wechselbeziehungen zwischen Abkommensrecht und innerstaatlichem Recht . . . . .	186
3.1	Vorrang des Abkommensrechts. . . . .	186
3.2	Keine Schaffung neuer Steuerquellen. . . . .	186
3.3	Maßgeblichkeit des innerstaatlichen Rechts für die Abkommensauslegung . . . . .	187



3.4 Maßgeblichkeit des innerstaatlichen Rechts bei der Abkommensanwendung . . . . .	188
<b>VIII. Durchführung der Doppelbesteuerungsabkommen . . . . .</b>	<b>188</b>
1. Durchführung der DBA bei der Steuerveranlagung . . . . .	188
1.1 DBA-Anwendung „von Amts wegen“. . . . .	188
1.2 Rechtsauskünfte beim „Fachbereichsleiter für zwischenstaatliches Steuerrecht“. . . . .	189
2. Durchführung der DBA bei den österr. Abzugssteuern . . . . .	189
2.1 Allgemeines. . . . .	189
2.2 Einkünfte, die in den sachlichen Anwendungsbereich einer Durchführungsregelung fallen . . . . .	190
2.3 Einkünfte, die nicht in den sachlichen Anwendungsbereich einer Durchführungsregelung fallen . . . . .	191
3. Durchführung der DBA bei den ausländischen Abzugssteuern . . . . .	192
<b>IX. Konzernverrechnungspreise . . . . .</b>	<b>193</b>
1. Der Fremdverhaltensgrundsatz (Arm's length-Prinzip). . . . .	193
1.1 Die OECD-Verrechnungspreisgrundsätze. . . . .	193
1.2 Innerstaatliche Rechtsgrundlagen . . . . .	194
1.3 Kongruenz von internationalem und nationalem Fremdverhaltensgrundsatz . . . . .	194
2. Steuerliche Folgen einer Verrechnungspreisberichtigung . . . . .	195
2.1 Primärberichtigung . . . . .	195
2.2 Ausländische Gegenberichtigung . . . . .	196
2.3 Sekundärberichtigung . . . . .	196
2.4 Vermeidung von Sekundärbelastungen. . . . .	197
3. Durchsetzung der internationalen Gegenberichtigung. . . . .	199
3.1 Gegenberichtigung „im kurzen Weg“. . . . .	199
3.2 Das internationale Verständigungsverfahren . . . . .	199
3.3 Simultanbetriebsprüfungen. . . . .	201
4. Mitwirkungspflichten des Unternehmens bei der Angemessenheitsprüfung internationaler Verrechnungspreise. . . . .	201
4.1 Die erhöhte Mitwirkungspflicht bei Auslandsbeziehungen . . . . .	201
4.2 Die Richtigkeitsvermutung des § 163 BAO. . . . .	202
4.3 Der „Einstieg“ in die Verrechnungspreisprüfung . . . . .	203
4.4 Der Vorteilsausgleich. . . . .	204
4.5 Belegbeschaffung aus dem Ausland . . . . .	204
<b>X. Besonderheiten bei Personengesellschaften . . . . .</b>	<b>206</b>
1. Anwendung der „Bilanzbündeltheorie“ im Abkommensrecht . . . . .	206
2. Sonderbetriebseinnahmen und Sonderbetriebsausgaben . . . . .	206
3. Die Grenzen der Bilanzbündeltheorie. . . . .	207

<b>XI. Treaty Shopping</b> .....	207
1. Was ist „Treaty-Shopping“ ? .....	207
2. Zur Frage der Legalität des „Treaty-Shopping“ .....	209
<b>XII. Besonderheiten einzelner Abkommen</b> .....	210
1. Bundesrepublik Deutschland .....	210
1.1 Betriebstätte (Art. 4) .....	210
1.2 Vortragende (Art. 8 Abs. 2) .....	211
1.3 Freiberufliche Künstler (Art. 8 Abs. 2) .....	211
1.4 Sonstige selbständige Arbeit (Art. 8 Abs. 1) .....	212
1.5 Die 183-Tage-Klausel (Art. 9 Abs. 2) .....	212
1.6 Unselbständige Künstler und Sportler (Art. 9) .....	212
1.7 Grenzgängerregelung (Art. 9 Abs. 3) .....	212
1.8 Der Anwendungsbereich der „Kassenstaatsregel“ (Art. 10) .....	213
1.9 Sozialversicherungspensionen (Art. 10) .....	213
1.10 Echte stille Beteiligungen (Art. 11) .....	213
1.11 Dividenden (Art. 11) .....	214
1.12 Gewinnausschüttungen von deutschen Komplementär GesmbHs. ....	215
1.13 Zinsen (Art. 11) .....	215
1.14 Kein Diskriminierungsverbot .....	215
2. USA .....	216
2.1 Doppelansässigkeit (Art. XV) .....	216
2.2 Keine Generalzuteilungsregel .....	216
2.3 Sachlicher Anwendungsbereich (Art. I) .....	216
2.4 Betriebstätte (Art. II Abs. 1 lit. f) .....	217
2.5 Attraktivkraft der Betriebstätte (Art. III Abs. 2) .....	217
2.6 Selbständige Arbeit (Art. X) .....	217
2.7 Private Aktivbezüge (Art. X) .....	218
2.8 Keine Künstler- bzw. Sportlerklausel .....	218
2.9 Öffentliche Bezüge (Art. XI) .....	218
2.10 Dividenden (Art. VI) .....	219
2.11 Zinsen (Art. VII) .....	219
2.12 Lizenzgebühren (Art. VIII) .....	220
2.13 Diskriminierungsverbot .....	220
3. Schweiz .....	220
3.1 Zuzug .....	220
3.2 Wegzug (Art. 13 Abs. 4) .....	220
3.3 Grenzgänger (Art. 15 Abs. 4) .....	220
3.4 Künstler und Sportler (Art. 17) .....	220
3.5 Schweizerische AHV-Renten .....	221
3.6 Öffentliche Bezüge (Art. 19) .....	221
3.7 Informationsaustausch (Art. 26) .....	221
3.8 Personengesellschaften (Art. 28 Abs. 6) .....	221
3.9 Gewinnthesaurierungs- und Durchlaufgesellschaften (Art. 28 Abs. 7) .....	221

## D. STEUEROASENPROBLEME

<b>I. Einführung in die Steueroasenproblematik</b> . . . . .	223
1. Steueroasen und internationale Steuerumgehung . . . . .	223
2. OECD-Untersuchungen zur Steueroasenproblematik . . . . .	224
3. Was sind Steueroasen . . . . .	225
<b>II. Die äußeren Erscheinungsformen der „Steueroasenfälle“</b> . . . . .	226
1. Eine Typologie der einfacheren Steueroasenfälle . . . . .	226
2. „Geldwäschereien“ . . . . .	228
3. Abzweigung von Auslandseinkünften . . . . .	229
4. Fingierter Aufwand . . . . .	229
5. Gewinnverlagerung mittels Verrechnungspreistechnik . . . . .	230
6. Verlagerung ertragbringender Vermögenswerte auf Basisgesellschaften . . . . .	230
7. Import-Exporttransaktionen über Basisgesellschaften . . . . .	230
8. Dienstleistungen über Basisgesellschaften . . . . .	231
9. Selbstversicherungen . . . . .	231
10. „Stepping-Stone-Strategien“ . . . . .	231
<b>III. Bekämpfung der internationalen Steuerflucht</b> . . . . .	232
1. Defensivgesetzgebung oder allgemeine Umgehungsschutzbestimmungen . . . . .	232
2. Die Grenzen der steuerlichen Gestaltungsfreiheit . . . . .	233
2.1 Die steuerlich anerkannte Gestaltungsfreiheit . . . . .	233
2.2 Die wirtschaftliche Betrachtungsweise (§ 21 BAO) . . . . .	234
2.3 Rechtsmißbrauch (§ 22 BAO) . . . . .	234
2.4 Scheingeschäfte (§ 23 BAO) . . . . .	235
2.5 Fehlende Empfängernennung (§ 162 BAO) . . . . .	236
3. Aus der österreichischen Steueroasensjudikatur . . . . .	236
3.1 Allgemeine Rechtsprechungstendenz . . . . .	236
3.2 Die wichtigsten Steueroasenerkenntnisse . . . . .	237
4. Aus der deutschen Steueroasensjudikatur . . . . .	240
4.1 Allgemeine Rechtsprechungstendenz . . . . .	240
4.2 Einzelheiten aus der deutschen Steueroasensjudikatur . . . . .	241
5. Anwendbarkeit der innerstaatlichen Umgehungsschutzbestimmungen im Geltungsbereich von Doppelbesteuerungsabkommen . . . . .	242

## ANHANG

- Anhang 1** Schematische Übersicht über die DBA-Zuteilungsregeln
- Anhang 2** DBA-Zuteilungsregeln bei Dividenden
- Anhang 3** DBA-Zuteilungsregeln bei Zinsen
- Anhang 4** DBA-Zuteilungsregeln bei Lizenzgebühren
- Anhang 5** Übersicht über die Doppelbesteuerungsabkommen